

Verband Sächsischer Buchhändler.

Aus Sortimenterkreisen ist an uns der Wunsch herangetragen worden, den Schulbücher-Verlag zu bitten, die Beträge für die im März und April d. J. erfolgenden Lieferungen bis Mitte Mai zu stunden. Wir machen diese Bitte zu unserer eigenen und weisen darauf hin, daß vor dem Verkauf der Schulbücher an das Publikum in den meisten Kassen des Sortiments (nach Ausgleich der Bedingtkonten am 15. April) keine Mittel vorhanden sind, um größere Summen im voraus zu bezahlen. Die in Frage kommenden Firmen sind fast alle der VAG angeschlossen, weshalb bei solchen ein Risiko ausgeschlossen ist. Wir glauben, für unsere Bitte ohne weiteres Verständnis zu finden.

Dresden, am 4. März 1932.

Der Vorstand.

Franz Schäfer, 1. Vorsitzender.

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Stand der Reparationsfrage. — Internationale Deflation. — Das innerdeutsche Kreditproblem. — Arbeitsbeschaffung. — Buchgewerbe.]

Die Verständigung zwischen England und Frankreich, die Lausanne-Konferenz zunächst bis Anfang Juni zu vertagen, schloß in sich, daß es vorläufig in dieser Frage recht still werden mußte. Die notwendigen Vorbereitungen vollziehen sich trotz Abschaffung der Geheimdiplomatie hinter den Kulissen in aller Stille, ganz abgesehen davon, daß die unterschiedlichen Wahlkämpfe allerorten ohnehin die Aufmerksamkeit vorwiegend in Anspruch nehmen und von allen anderen Fragen, mögen sie an sich wichtiger sein, ablenken. Die Standpunkte der Hauptbeteiligten sind aber schon deutlich genug erkennbar. Es geht zunächst darum, von wem der erste Schritt zu tun wäre. Wie schon Mitte Januar dem Vertreter des Wolff-Büros in Washington von maßgebender Seite mitgeteilt wurde, wird, der Abrede mit Laval gemäß, eine Aktion seitens Amerikas jetzt nicht erfolgen, und man wird zur Lausanner Konferenz nicht einmal einen Beobachter entsenden, um jeden Anschein einer erneuten amerikanischen Initiative zu vermeiden. »Zwar sei es der Wunsch des Präsidenten Hoover — wie er in seiner Jahresbotschaft ja auch ausdrücklich gesagt habe —, die Möglichkeiten einer weiteren gemeinsamen Aktion zur Erleichterung der internationalen Schuldenlasten durch die Kriegsschuldenkommission prüfen zu lassen, jedoch erscheine angesichts der entschiedenen Haltung des Bundeskongresses die Aufrollung dieser Frage im gegenwärtigen Zeitpunkt untunlich und zwecklos. Das beste sei unter den gegebenen Umständen, daß die europäischen Nationen sich in Lausanne untereinander einigen und dann gegebenenfalls unter Anwendung der Bestimmungen in ihren Finanzverträgen mit Amerika ihrerseits ein Moratorium erklären. Man glaubt in Washington nicht, daß die Alliierten ihre Zahlungen an Amerika einfach einstellen würden. Ebenjowenig würde man es für richtig halten, wenn Deutschland seine Zahlungen einfach einstellen würde, denn das würde beispielsweise den Außenhandel Deutschlands schwer schädigen, da er dann ganz auf der Basis der Barzahlungen geführt werden würde. Man hofft vielmehr, daß in Lausanne Europa unter Bereiterklärung zu eigenen Opfern den nächsten Schritt tut, anstatt von Amerika zu verlangen, daß es Europa ein drei- oder fünfjähriges Moratorium oder gar eine direkte Herabsetzung der Schulden von sich aus anbiete und damit die gewaltigen Kosten des Weltkriegs allein übernehme.« In dieser Hinsicht scheint zwischen Washington und London weitgehende Übereinstimmung zu bestehen. Wie die United Press Ende Februar in London an gut informierter Stelle erfuhrt, will England sich dafür einsetzen, daß die europäischen Mächte unter sich die bestmögliche Lösung der Reparationsfrage zustandebringen. Man ist nämlich der Ansicht, daß eine zufriedenstellende europäische Lösung der Reparationsfrage eher als alles andere die Vereinigten Staaten dazu bringen

könnte, die Frage der Kriegsschulden einer neuen Betrachtung zu unterziehen. Die schon im Januar erfolgte italienische Erklärung, daß jowohl die Reparationen als auch die alliierten Kriegsschulden revidiert werden sollten, wurde in amtlichen Kreisen Washingtons ohne Kommentar zur Kenntnis genommen. Sie überraschte ebenjowenig wie Dr. Brünnings Erklärung, daß Mussolinis Standpunkt in der Schuldenfrage seit langem allseitig bekannt ist. Es kommt danach alles nur noch auf Frankreich an. Den Gedanken, eine Einheitsfront gegen Amerika zustande zu bringen, scheint es angesichts der internationalen Stimmung, die nahezu auf die völlige Isolierung Frankreichs hinausläuft, aufgegeben zu haben. Es arbeitet unverkennbar jetzt aber vor allem daran, vor Lausanne zu einer privaten Einigung mit England und Italien zu kommen. Hoffentlich erfolgt sie nicht auf unsere Kosten. Bei den französischen Plänen spielt dabei offensichtlich die Donauföderation immer noch eine große Rolle. Der französische Einfluß in Wien ist fester verankert worden. Bisherige italienische Widerstände könnten durch Zugeständnisse in den Fragen der afrikanischen Kolonien wie auch der Seerüstung beseitigt werden. Von den südosteuropäischen Märkten aus könnte dann auch Deutschland durch Paris verstärkt unter Druck genommen werden. Vor allem sichert die Vorherrschaft über Europa in diesem Sinne den Franzosen entsprechenden Rückhalt gegenüber den Angelsachsen. Wo hat dabei Deutschland sein Heil zu suchen?

Einigen Trost kann es vorläufig nur darin finden, daß die Widerstandskraft Frankreichs offensichtlich nachgibt. Nach dem nunmehr vorliegenden Jahresüberblick der französischen Handels- und Zahlungsbilanz 1931 ist, wie wir der kölnischen Volkszeitung entnehmen, der Außenhandel um 24% von 95 Milliarden auf 72 Milliarden zurückgegangen. Die Einfuhr verminderte sich um 10 312,5 Millionen oder 20%, die Ausfuhr um 12 414 Millionen oder 30%. Der Einfuhrüberschuß beläuft sich auf 11 700 Millionen Franken. Auf der Einfuhrseite ist besonders charakteristisch, daß Rohmaterialien für die Industrie um 10 Milliarden Franken zurückgingen. Die größte Frage ist nun, ob die Zahlungsbilanz bei einem Außenhandelsfehlbetrag von monatlich rund 1000 Millionen Franken noch aktiv sein kann. Der Goldbestand der Bank von Frankreich betrug Ende Dezember 1930 53 563 Millionen Franken, Ende 1931 68,5 Milliarden Franken, erhöhte sich also innerhalb Jahresfrist um rund 15 Milliarden Franken. Damit wäre der Fehlbetrag der Handelsbilanz mehr als ausgeglichen. Nur weiß man nicht, in welchem Maße es sich hier um eigene Kapitalien und inwieweit um Fluchtgelder handelt, die Frankreich ebenso schnell wieder verloren gehen können, wie sie ihm jetzt zufließen. Man wird gut daran tun, etwa die Hälfte der Summe als fremde Fluchtgelder zu betrachten. Aberdies fanden Anleihegewährungen an Polen, Ungarn, Serbien statt. Die Verluste der Bank von Frankreich am englischen Pfund belaufen sich auf 2,5 Milliarden. Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, die als wirkliches Aktivum in Rechnung gestellt werden können, waren indessen nicht so schlecht, wie man erwartete. Die Kolonialausstellung wurde im rechten Augenblick eröffnet. Das nationale Touristenbüro glaubt deshalb, für 1931 mit einer Gesamtausgabe der Fremden in Frankreich von 10 Milliarden Franken rechnen zu können. Zieht man noch den Besitz an fremden Werten in Rechnung, der wohl klein geworden ist, aber immer noch eine Rolle spielt, so wird man zu dem Schluß kommen, daß die französische Zahlungsbilanz immer noch aktiv bleibt, wenn auch nicht mehr in dem Maße wie in früheren Jahren. Ferner aber zeigt die Rechnung, daß keine Gewißheit dafür besteht, sie werde im nächsten Jahre noch einmal so günstig ausfallen. Es kommt hinzu, daß die Konjunktur in Frankreich sichtlich schlechter und schlechter wird. Der Index der industriellen Produktion ist von 135 im November 1930 auf 115 im November 1931 gefallen. Die Krise, die vor allem in der Schwer- und in der Textilindustrie fühlbar ist, verbreitet sich auf fast alle Produktionszweige. Die Zahl der in Tätigkeit befindlichen Hochöfen ist vom Dezember 1930 bis zum Dezember 1931 von 138 auf 90 gesunken. Die Stahlproduktion ist von 9,447 Mill. Tonnen auf 7,8 Mill. Tonnen zurückgegangen. Die Kohlenproduktion hat 51 Mill. Tonnen Kohle ergeben,